

ÜBERBLICK

■ EZA-Seminarreihe zur Strategie „Europa 2020“



Abschluss des zweiten Zyklus zum Thema „Armut trotz Arbeit“; Ausblick auf den dritten Zyklus zum Thema „Beschäftigungspaket der EU“ im neuen Haushaltsjahr *Seite 2*

■ EZA-Sonderprojekt „Westlicher Balkan“

Abschluss des ersten Seminarzyklus; Bildung von sechs Bildungsallianzen; Ausblick auf die Fortsetzung des Projekts im neuen Haushaltsjahr *Seite 3*

■ Abschluss der EZA-Projekt koordinierung zur Verschuldungskrise



Wissenschaftliches Papier mit kurz- und langfristigen Lösungsansätzen; Veröffentlichung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen im Laufe des Frühjahrs *Seite 4*

■ Europäischer Sozialfonds (ESF)

EZA-Projekt zum ESF und Netzwerk geplant *Seite 4*

EDITORIAL



Liebe Freunde, in Krisenzeiten muss die Frage erlaubt sein, inwiefern bei wichtigen politischen Entscheidungen das Verstehen für die jeweilige andere Kultur noch präsent ist. Es sollte jedem bewusst sein, dass die Vielfalt in Europa mit den seit Jahrhunderten gewachsenen Identitäten der Menschen gleichzusetzen ist. Diese Identitäten spiegeln sich deshalb in den ebenfalls gewachsenen nationalen politischen Strukturen wider. Es ist in diesen Krisenzeiten das Dilemma der nationalen Politik, den Spagat zwischen eigener Identität und europäischem Druck zu schaffen und dem Bürger, dem eigenen Wähler

glaubwürdig die Notwendigkeit des gemeinsamen Projektes EUROPA zu vermitteln.

„Wahltag ist Zahntag“, und der Bürger zahlt – wie im Fall Italien im Februar 2013 – aufgrund von mangelndem Verständnis und Orientierung mit provokantem Misstrauen. Es muss deshalb wichtigste Aufgabe der politischen Akteure sein, dieses Defizit in Europa, wenn nicht vorrangig (dazu bleibt uns kaum die Zeit) so doch gleichzeitig mit der Bekämpfung der Eurokrise zu beseitigen, um so die wertvolle, Frieden stiftende Achse „Identität und Demokratie“ nicht zu belasten.

*Eine positive Realisierung für beide Bereiche würde der dringend erforderliche Aufbau von sozial zu gestalten wirtschaftlichen und breit angelegten Strukturen in den Defizitländern sein, um wettbewerbsfähiger zu werden, um notwendige Arbeitsplätze zu schaffen und um die unerträgliche Lage der jungen Arbeitslosen zu beseitigen. Heute gilt deshalb auch unsere Sorge den Arbeitnehmern in Zypern. Ihre Roswitha Gottbehüt
Generalsekretärin*

EZA-Seminar über berufliche Bildung

Eine solide moderne, transparente und europäisch ausgerichtete Berufsausbildung ist unerlässlich für junge Leute – nicht nur in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit.

Trotzdem ist jetzt schnelles Handeln gefordert. Dies war eine der Erkenntnisse aus dem EZA-Seminar zum Thema „Die Rolle der Sozialpartner bei der erfolgreichen Gestaltung beruflicher Bildung angesichts der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und der Schaffung nachhaltiger Beschäftigungsverhältnisse in Europa“, das vom 28. Februar bis zum 2. März 2013 in Berlin stattfand.

Rund 70 Vertreterinnen und Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen aus 19 Ländern trafen sich, um über Beispiele der Umsetzung bilateraler Vereinbarungen, Methoden und Anforderungen an eine zukunftsfähige berufliche Bil-

dung zu debattieren und um gleichzeitig zu analysieren, wie in Europa mit beruflicher Bildung Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden können.

Dabei standen die in Österreich und Deutschland erfolgreichen Bildungssysteme, die auf dem seit vielen Jahren existierenden „Dualen System“ basieren, ebenso im Mittelpunkt wie die oben erwähnten bilateralen Vereinbarungen zwischen Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, der Slowakei, Lettland und Deutschland. EZA wurde von den Teilnehmern aufgefordert, die Thematik weiter zu behandeln.

Aufgrund der Vielfalt der Thematik verweisen wir auf die [Schlussfolgerungen](#) der Veranstaltung.

Gute Arbeit in den Bereichen Umwelt, Information, Kommunikation und Pflege aus Arbeitnehmersicht mitgestalten

Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Personen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden. So lautet das ambitionierte Ziel der Europäischen Kommission, das sie im Rahmen ihrer Strategie „Europa 2020“ formuliert hat. Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist auch ein Kernthema für Arbeitnehmerorganisationen und spielt im sozialen Dialog eine wichtige Rolle. Im Bildungsjahr 2012/2013 haben sich 10 EZA-Mitgliedsorganisationen aus acht Ländern in elf Projekten mit diesem Thema beschäftigt. Dabei setzten sich die Teilnehmer/innen der entsprechenden Seminare mit sehr unterschiedlichen Aspekten auseinander. Es wurde sowohl die Strategie „Europa 2020“ selbst thematisiert, als auch die globalen Wechselwirkungen zwischen Finanzkrise und Armut beleuchtet. Auch die Frage nach Perspektiven und Möglichkeiten der Armutsbekämpfung wurde aufgeworfen sowie die Rolle der in Armutsbekämpfung Beteiligten beleuchtet. In alle Projekte flossen Erkenntnisse zur Situation von Arbeitnehmern ein, die arm trotz Arbeit sind. Gemeinsam mit HIVA, dem „Onderzoeksinstituut voor Arbeid en Samenleving“ der Katholischen Universität Löwen in Belgien, wurde im Rahmen eines wissenschaftlichen Projekts eine Präsentation entwickelt und in den Seminaren zu diesem Thema eingesetzt. Die Präsentation mit dem Titel „Armut trotz Arbeit in Europa – Herausforderungen für Arbeitnehmerorganisationen“ enthält Daten und Fakten zu Armut und Armutsrisiken für Arbeitnehmer und gibt Impulse und Ideen für das Handeln von Arbeitnehmerorganisationen. Deutlich wurde in den Seminaren, dass die Einführung einer europaweiten Lohnuntergrenze ebenso wichtig ist wie die Abkehr von prekären Arbeitsverhältnissen, die das Armutsrisiko vergrößern und sich auch destabilisierend auf bestehende unbefristete und Vollzeitverhältnisse auswirken. Auch konnte vielfach festgestellt werden, dass die Finanzkrise sowohl das Armutsrisiko für Arbeitnehmer erhöht als auch negativ auf die Beschäftigung wirkt. Auch die Konkurrenz auf einem sich ausweitenden Arbeitsmarkt der Geringverdiener wird immer schärfer. Die Schwierigkeit liegt oft darin, dass



Präsentation von Stan De Spiegelaere von HIVA beim Auftakt-Seminar von Solidarność zum Thema „Strategie Europa 2020 und der Kampf gegen die Armut und soziale Ausgrenzung der Arbeitnehmer/innen: Wer sind die Gewinner und Verlierer?“ im April 2012 in Warschau

gerade in diesem Segment Gewerkschaften eine geringe Präsenz haben. Hier ist das stärkere Zusammenwirken mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen eine unabdingbare Zukunftsstrategie.

Auch in diesem Bildungsjahr wird wieder ein Thema aus der Strategie „Europa 2020“ einen besonderen Platz im EZA-Arbeitsprogramm einnehmen. Unter dem Titel „Strategie ‚Europa 2020‘ und das Beschäftigungspaket der EU: Arbeitnehmerorganisationen gestalten mehr und gute Arbeit mit“ soll auch diesmal eine Präsentation und ein wissenschaftliches Papier in Zusammenarbeit mit HIVA entstehen. Damit sollen fünf Schwerpunktprojekte begleitet werden, die EZA-Partner aus Deutschland, Italien, Lettland, Portugal und Spanien durchführen. Vor dem Hintergrund des Ziels, umweltrelevante Arbeitsplätze, Beschäftigung in der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie bei Gesundheits- und Pflegedienstleistungen im Rahmen des Beschäftigungspaketes der EU zu fördern, stellt sich aus Arbeitnehmerperspektive die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass Arbeitsplätze in diesen Segmenten so gestaltet werden, dass sie zur Armutsbekämpfung beitragen können und für die Arbeitnehmer gute Arbeit darstellen. Außerdem wird die Frage zu beantworten sein, welche

Rolle Arbeitnehmerorganisationen in diesem Prozess einnehmen.

Mit dem Beschäftigungspaket weist die Europäische Kommission auf das besondere Arbeitskräftepotential in drei schnell wachsenden Zukunftssektoren hin. Für Arbeitnehmerorganisationen ist es eine besondere Herausforderung, bei der Gestaltung von qualitativ guter Arbeit in diesen Bereichen mitzuwirken. Dies gilt vor allem dort, wo die Natur der Arbeitsverhältnisse es Arbeitnehmerorganisationen oftmals schwer macht, Fuß zu fassen, wie es in der Pflege zu beobachten ist, die oftmals von Klein- und Kleinstbetrieben angeboten wird. Es gilt auch, realistisch zu bleiben und im Blick zu behalten, dass zum Beispiel entstehende Arbeitsplätze im Umweltbereich durchaus Arbeitsplatzabbau in anderen Sektoren bedeuten kann. Auch solche Umbrüche bedürfen des Handelns von Arbeitnehmerorganisationen im sozialen Dialog. Entsprechende Handlungsempfehlungen aus wissenschaftlicher Sicht mit einem europäischen Ansatz sollen Arbeitnehmerorganisationen im sozialen Dialog stärken.

Arbeitnehmerorganisationen für den sozialen Dialog auf dem Balkan stärken



Der bulgarische Gewerkschaftsverband Podkrepa organisierte eine der Arbeitsgruppen im Balkan-Sonderprojekt. Podium [von links nach rechts]: Oleg Chulev (Exekutivdirektor der Confederation of Labour PODKREPA), Alfred Gajdosik (FCG-Bundesvorsitzender-Stellvertreter und Mitglied des Vorstands des ÖGB), Vesselin Mitov (Internationaler Sekretär der Confederation of Labour PODKREPA), Pierre-Jean Coulon (Internationaler Sekretär der CFTC)

Arbeitnehmerorganisationen für den sozialen Dialog auf dem Balkan stärken, dies strebt EZA mit seinem aktuellen **Sonderprojekt** an. Hierzu arbeiten seit November 2011 Organisationen aus EU-Ländern mit Partnern aus Kroatien, der ehemaligen jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien zusammen. EZA greift damit auf eine Vorgehensweise zurück, die bereits im Vorfeld der EU-Beitrittsprozesse der Länder aus Mittel- und Osteuropa in der Zeit von 2004 bis 2007 erfolgreich angewandt wurde.

Nach einer Bestandsaufnahme zu bestehenden Beziehungen zwischen EZA-Mitgliedern und Arbeitnehmerorganisationen auf dem Balkan wurden zwischen den Partnern Bildungsveranstaltungen inhaltlich und organisatorisch abgestimmt. Im Mittelpunkt standen dabei Fragestellungen, die dem Bedarf der Partner in der Balkanregion entsprachen. Es wurden 6 Bildungsbündnisse mit jeweils 2 bis 4 Partnerorganisationen eingerichtet. Sie griffen vielfältige Aspekte des Handelns der Sozialpartner auf. So beschäftigten sie sich unter anderem mit der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, der Ausgestaltung des sozialen Dialogs, der Vermittlung von Kenntnissen über die Arbeits- und Funktionsweise

des sozialen Dialogs in Europa im Hinblick auf eine zukünftige Mitgliedschaft der bisherigen Kandidatenländer und den Herausforderungen der Arbeits- und Sozialgesetzgebung. Auch die Rolle der Gewerkschaften selbst in Bezug auf die eigene Mitgliedschaft, als Tarifpartner und gegenüber der Gesamtgesellschaft wurde in den Blick genommen.

Dabei zeigte sich, dass Arbeitnehmerorganisationen auf dem Balkan vor vielfältigen Herausforderungen mit Blick auf den sozialen Dialog stehen:

Obleich Strukturen des sozialen Dialogs vorhanden sind, entfalten die dort getroffenen Absprachen und Vereinbarungen nur selten Bindungskraft; vor allem, weil Wissen, Positionen und Meinungen von Arbeitnehmerorganisationen von den anderen Sozialpartnern ignoriert werden. Es gelingt wenig, die gewerkschaftliche Vielfalt in der Region zum Nutzen der Arbeitnehmerrechte und -interessen einzusetzen. Auch die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft gestaltet sich schwierig. Zusätzlich behindert die Schwäche der Arbeitgeberseite wirksamen sozialen Dialog. Dass er als unabdingbarer Bestandteil im Beitrittsprozess gesehen werden muss, ist unbestritten. Die Erfahrungen aus der EU zeigen auch, welchen Stellenwert er in der Bewälti-

gung von Krisen und der Weiterentwicklung der europäischen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft hat. Deshalb erscheint es gerade für Arbeitnehmerorganisationen aus den Bewerberländern der Balkanregion notwendig, ihre eigene Rolle mit Blick auf einen späteren EU-Beitritt neu zu bestimmen und sich auch in den Beitrittsprozess kritisch-konstruktiv und aktiv einzubringen; angesichts der enormen Aufgabenfülle eine zusätzliche Belastung.

In diesem Bildungsjahr wird das Sonderprojekt fortgesetzt. Es ist geplant, die Bildungsbündnisse weiterzuführen und auszubauen. Die bisherigen Treffen wurden dazu genutzt, die vorrangigen Themenfelder zu identifizieren, die Partnerorganisationen aus der Balkanregion näher an das EZA-Netzwerk heranzuführen und die europäische Perspektive bewusster zu machen. Diesem Ziel diente auch die Konferenz für gewerkschaftliche Zusammenarbeit in Europa (KGZE) in Wien. Hier sollte die Entwicklung des sozialen Dialogs auf dem Balkan zur Sprache kommen. Außerdem wurde dort reflektiert, wie vor dem Beitritt der ehemaligen Ostblockstaaten der von EZA organisierte Erfahrungsaustausch zwischen West und Ost den sozialen Dialog gestärkt hat.

Vor allem in der Arbeitnehmer- und Sozialpolitik auf dem Balkan liegen gewaltige Herausforderungen:

So gilt es, in der Beschäftigungspolitik Mitverantwortung für würdige, dauerhafte und gut bezahlte Arbeit zu tragen. Insbesondere müssen sich Arbeitnehmerorganisationen für bessere Beschäftigungsperspektiven für junge Menschen einsetzen. Armutsbekämpfung ist ebenso ein vielschichtiges Betätigungsfeld für Gewerkschaften wie der Kampf gegen die Korruption. Auf lange Sicht muss dafür gesorgt werden, dass auch Arbeitnehmer und Benachteiligte durch die Integration in die EU gewinnen.

Mit dem EZA-Sonderprojekt werden nicht alle Fragen beantwortet, aber sicherlich zahlreiche Anstöße und Ideen für eine wirksame Vertretung von Arbeitnehmerrechten und -interessen in der Balkanregion entstehen und Netzwerke gebildet, die den EU-Erweiterungsprozess in der Region dauerhaft begleiten.

Abschluss der Projektkoordinierung 2012/2013 zur Verschuldungskrise

Das Aufzeigen von Auswegen aus der Verschuldungskrise war prioritäres Ziel der EZA-Projektkoordinierung, die mit der internationalen Arbeitsgruppe zum Thema „Auswirkungen der Staatsschuldenkrise auf die europäische Arbeitnehmerschaft“, vom 15. - 17. Februar 2013 in Madrid, ihren Abschluss fand. Neben der von CST und USO organisierten Arbeitsgruppe, an der erstmals alle spanischen Mitgliedzentren, die „Internationale Plattform für Kooperation und Migration“ (IPCM) sowie die „Union der Forschungszentren des Mittelmeerraums“ (UCEM) beteiligt waren, waren folgende Veranstaltungen Teil der Projektkoordinierung: Das von HIVA im Januar 2012 veranstaltete Expertenseminar zum Thema „Die europäische Sozialpolitik in Zusammenhang mit der Finanzkrise – Geld, Ethik und Europas Zukunft“, die von ÖZA in Zusammenarbeit mit KOK und KAP im Juni 2012 veranstaltete 24. KGZE zum Thema „Europa in der Schuldenkrise – Wie wirken sich Staatsschulden auf die Sozialsysteme und den Arbeitsmarkt aus? Wie können neue „Steuersysteme“ wieder politische Spielräume schaffen?“ sowie das Seminar der KAP vom Oktober 2012 zum Thema „Die Auswirkungen von Staatsschulden auf die soziale Sicherheit und den Arbeitsmarkt“.

Sozialpolitik mit europäischen Fördermöglichkeiten gestalten

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist ein Schlüsselinstrument zur Gestaltung von Arbeitnehmer-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik in vielen Ländern der EU. Er wird vielfach von den Sozialpartnern zu diesem Zweck genutzt. Derzeit laufen in ganz Europa Auswertungsprozesse, um Erkenntnisse für die kommende Förderperiode 2014 - 2020 zu gewinnen. Bisherige Einschätzungen legen nahe, dass es im neuen ESF wichtige Änderungen bei Strukturen, Inhalten und Möglichkeiten geben wird. EZA möchte deshalb im neuen Bildungsjahr in einem Projekt Erfahrungen bei der Umsetzung von ESF-Maßnahmen aus der Sicht von Arbeitnehmerorganisationen austauschen und auswerten. Dabei soll sowohl die Vorbereitung von ESF-Projekten, die Zusammenarbeit mit den Beteiligten, als auch die Durchführung



Podium bei der Abschluss-AG der Seminarreihe zum Verschuldungskrise im Februar 2013 in Madrid von links nach rechts: José Luis Fernández Santillana (Secretario Confederal Relaciones Institucionales y Comunicación der Unión Sindical Obrera USO), Bartho Pronk (Präsident von EZA), Rafael Rodríguez Ponga (Präsident der Fundación Humanismo y Democracia H+D)

Aufgrund der sich seit 2008 kontinuierlich verschlechternden Situation auf den Arbeitsmärkten und der steigenden Staatsschulden in vielen EU-Mitgliedstaaten, stehen die Überwindung der sozialen Konsequenzen der Krise im Fokus der EZA-Mitgliedsorganisationen. Komplementär zur Projektkoordinierung wurde ein wissenschaftliches Papier mit kurz- und langfristigen Lösungsansätzen entwickelt, welches neben ethischen Aspekten auch strukturelle Probleme der Währungsunion thematisiert und sich aus Sicht von Arbeitnehmerorganisationen kritisch mit dem Fiskalpakt und den bisherigen Reformen zur Überwindung der Wirtschafts- und Verschuldungskrise auseinandersetzt. Gleichzeitig greift es

zentrale Ergebnisse der Koordinierung auf, wie die Reform der europäischen Steuer-, Banken- und Finanzsysteme, die Verstärkung der europäischen Integration durch institutionelle Reformen sowie die Schaffung von qualitativ guten Beschäftigungsverhältnissen. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen für die EZA-Mitgliedsorganisationen werden im Rahmen der Abschlusspublikation zur Projektkoordinierung veröffentlicht.

Michael Schwarz ■

IMPRESSUM

Herausgeber

EZA
Europäisches Zentrum für
Arbeitnehmerfragen
Johannes-Albers-Allee 2
53639 Königswinter
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0
Fax +49 - 22 23 - 29 98 - 22
E-Mail: eza@eza.org
www.eza.org

Redaktion

Roswitha Gottbehüt (verantwortl.),
Matthias Homey, Norbert Klein,
Victoria Znined

Gestaltung und Satz

HellaDesign, Emmendingen
E-Mail: helladesign@web.de

Fotos

EZA

Erscheinungsweise

Jährlich 4 Ausgaben



Diese Publikation wird von
der Europäischen Union
finanziell unterstützt.